

INTEGRATION



Stuttgart

Mit einem Migrationshintergrund von fast 40% der EinwohnerInnen und 170 verschiedenen Nationen ist Stuttgart eine der vielfältigsten Städte Deutschlands. Mehr als die Hälfte aller Kinder haben einen Migrationshintergrund. Deswegen hat für mich das Thema Integration allerhöchste Priorität.

Die Grundlage der Integration ist Chancengleichheit

Integration heißt Teilhabe. Eine gelingende Integration setzt faire Chancen und eine klare Rechtsordnung voraus. Volle Teilhabe wird erst durch die Einbürgerung ermöglicht. Ich habe mich bei Bundesinnenminister Dr. Schäuble für Erleichterungen bei der Einbürgerung und die Abschaffung des Optionsmodells eingesetzt, nachdem sich Jugendliche mit zwei Pässen im Alter von 23 Jahren für eine Nationalität entscheiden müssen. In einer globalisierten Welt, die Mehrsprachigkeit und Interkulturalität fordert, kann Mehrstaatigkeit akzeptiert werden.

Auch Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, die seit mehreren Jahren in Deutschland leben, müssen das kommunale Wahlrecht erhalten.

Einsatz für die Verbesserung der Integrations- und Sprachkurse

Sprache ist der Schlüssel zu einer gelingenden Integration. Seit Einführung der Integrations- und Sprachkurse setze ich mich für Verbesserungen und gegen Mittelkürzung in diesem Bereich ein. Mit weiteren Akteuren des Stuttgarter Integrationsnetzwerkes habe ich Empfehlungen zur Optimierung der Integrationskurse erarbeitet diese mehrfach an Bundesinnenminister Dr. Schäuble herangetragen und auch in die Diskussion innerhalb der Fraktion eingebracht.

Auf diese Weise konnten Nachbesserungen bei der Ausgestaltung der Integrations- und Sprachkurse erreicht werden – z.B. Verringerung des Verwaltungsaufwandes für die Sprachkursträger, Erhöhung der Stundensätze pro Teilnehmendem und Stunde, Erhöhung der Stundenpauschale für Lehrkräfte, Ausdifferenzierung des Angebots für besondere Gruppen, wie Mütter oder Jugendliche etc.. Darüber hinaus habe ich mich erfolgreich beim ehemaligen Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, dafür eingesetzt, dass EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II weiterhin Zuschüsse zu den Fahrtkosten im Zusammenhang mit den Integrationskursen erhalten.

Im November 2008 habe ich als Podiumsteilnehmerin an der Jahrestagung des bundesweiten Netzwerkes Pro Integration in Stuttgart teilgenommen und stehe seitdem in permanentem Dialog mit den Mitgliedern, um Verbesserungen für Sprachkursträger und –teilnehmerInnen zu erreichen.



Ute Kumpf

MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin der Arbeitsgruppe
Bürgerschaftliches Engagement

Stuttgart
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711/ 23 31 40
Fax: 0711/ 23 50 99

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/ 227-737 29
Fax: 030/ 227-761 44

ute.kumpf@wk.bundestag.de
www.ute-kumpf.de

INTEGRATION



Bundesmittel für Integrationsprojekte nach Stuttgart

	2006	2007	2008
Förderung von Integrationskursen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)	1,887 Mio. €	1,940 Mio. €	2,246 Mio. €
Migrationserstberatung, Jugendmigrationsdienste und Integrationsprojekte der AWO (durch BAMF gefördert)	890.000 €	860.000 €	840.000 €



Ute Kumpf

MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin der Arbeitsgruppe
Bürgerschaftliches Engagement

Stuttgart
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711/ 23 31 40
Fax: 0711/ 23 50 99

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/ 227-737 29
Fax: 030/ 227-761 44

ute.kumpf@wk.bundestag.de
www.ute-kumpf.de

Gemeinwesenorientierte Projekte			
Projektträger	Projektname	Laufzeit	Fördermittel
Caritasverband Stuttgart	Fasanenhof sozial und interkulturell aktiv, aktive Teilhabe von Spätaussiedlern und Ausländern am gesellschaftlichen Leben im Stadtteil Fasanenhof	08/2006-07/2009	52.200 €
AWO-Stuttgart	Stärkung der Integrationsfähigkeit und des ehrenamtlichen Engagements ausländischer Frauen	10/2006-09/2009	60.092 €
Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt e.V.	Verbesserung der Partizipation der ausländischen Mitbürger am gesellschaftlichen Leben in Stuttgart-Hedelfingen	10/2006-05/2009	40.000 €
Dt. Jugend aus Russland	Weil Dich das Leben braucht, Lösung von Problemen gefährdeter oder straffällig gewordener russischsprachiger Zuwanderer,	09/2006-08/2009	56.485 €
Diakonisches Werk der EKD	Interkulturelle Meditation als Methode der konstruktiven Konfliktaustragung im Stadtteil, Aufbau eines Netzwerkes von Multiplikatoren und Vermittlung von Nachbarschaftskonflikten	08/2006-07/2009	61.177 €

INTEGRATION



aus dem Bundesprogramm Xenos geförderte Projekte			
Projektträger	Projektname	Laufzeit	Fördermittel
Nikolauspflege, Berufsbildungswerk	Yapalim-Mach mit!	2003-2006	437.775€
Evang. Migrationsdienst in Württemberg e.V.	TRAFO-Training und Fortbildung	2003-2006	265.825 €
Gesellschaft für Jugendsozialarbeit und Bildungsförderung e.V.	KESS – Kompetenzzentrum Erwerbs- und Sozialintegration Stuttgart chancenarmer junger Menschen	2005-2007	178.352 €
Caritasverband Stuttgart e.V.	CLAIR – Caritas Leben und Arbeiten in Stuttgart-Rot	2007-2008	211.264 €
Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.	Begegnungsstätte AROUND LIFE	2007-2008	129.586 €
Neue Arbeit gGmbH Institut f. Weiterbildung IFW	Das Selbstlernzentrum „fasaNA“	2007-2008	136.233 €
Paritätischer Wohlfahrtsverband	Taxil	2009-2012	685.432 €
Volkshochschule Stuttgart	Sprungbrett	2009-2012	342.265 €
Caritasverband für Stuttgart e.V.	ZARA – Zukunft durch Arbeit und Ausbildung	2009-2012	487.437 €



Ute Kumpf

MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin der Arbeitsgruppe
Bürgerschaftliches Engagement

Stuttgart
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711/ 23 31 40
Fax: 0711/ 23 50 99

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/ 227-737 29
Fax: 030/ 227-761 44

ute.kumpf@wk.bundestag.de
www.ute-kumpf.de

Unterstützung des 1. Parteiübergreifenden Netzwerkes türkischstämmiger Mandatsträger

Auf meine Initiative bekam das Netzwerk im Mai 2006 die Möglichkeit, sich im Deutschen Bundestag zu präsentieren und der Öffentlichkeit ihr Integrationskonzept vorzustellen. Der Sprecher des Netzwerkes für die SPD, der Stuttgarter SPD-Stadtrat Ergun Can, wurde durch die Unterstützung zum Vor- und Nachgespräch des 1. Integrationsgipfels der Bundesregierung geladen. Auch wurde er in die Arbeitsgruppenphase zur Erarbeitung des Nationalen Integrationsplans eingebunden. Ergun Can vertrat das Netzwerk in der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung koordinierten Arbeitsgruppe „Integration vor Ort“ und entwickelte Empfehlungen für den Integrationsplan der Bundesregierung.

Das Netzwerk ist ein offener Zusammenschluss türkeistämmiger Mitglieder deutscher Parlamente und türkeistämmiger deutscher Mitglieder des Europäischen Parlaments. Das Netzwerk will ein Forum der Diskussion und des parteiübergreifenden Erfahrungsaustauschs sein. Ziel ist es, gemeinsam Positionen oder Vorschläge zur Verbesserung der Integration türkeistämmiger MigrantInnen in der Bundesrepublik zu entwickeln und zu fördern.

INTEGRATION



Integrationsplan

MigrantInnen müssen sich stärker mit unserer Gesellschaft identifizieren können. Das Engagement von MigrantInnen, in eigenen und deutschen Organisationen, leistet dazu einen zentralen Beitrag zur Integration. Ich setze deshalb auf die verstärkte Einbindung dieser Gruppe in die Engagementstrukturen. Durch meine Initiative ist es der SPD-Bundestagsfraktion gelungen, das Thema „Integration durch Bürgerschaftliches Engagement“ beim Integrationsgipfel mit einem Arbeitspapier zu platzieren. Ich habe die Arbeit am Integrationsplan und in der Arbeitsgruppe VI zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ im Bundesfamilienministerium begleitet. Auf Grundlage der Empfehlungen der Arbeitsgruppen und der Länder wurde der Nationale Integrationsplan erarbeitet.

SPD-Kongress zum Thema Integration und Engagement

Am 19. September 2007 veranstaltete die SPD-Bundestagsfraktion auf meine Initiative den bundesweiten Kongress „Integration geht uns alle an“ in Berlin. Bettina Schneider und Ute Kinn präsentierten das Stuttgarter Projekt „Interkultureller Garten“, das seit 2003 im von der SPD initiierten Bundesländerprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ ist.

Bleiberechtsregelung

Beim Bleiberecht wollte die SPD mehr erreichen! Mit dem Koalitionspartner konnten wir aber zumindest erreichen, dass es für rund 180.000 geduldete Ausländerinnen und Ausländer eine realistische Perspektive auf Zukunft in Deutschland gibt.

Der menschenunwürdige Kreislauf „Kein Aufenthaltsrecht – keine Arbeit! Keine Arbeit – kein Aufenthaltsrecht!“ ist durchbrochen. Langjährig geduldete Ausländerinnen und Ausländer können endlich eine echte Aufenthaltserlaubnis und eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis beantragen und selbst den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien erarbeiten. Wer die Voraussetzungen der Bleiberechtsregelung erfüllt, bekommt eine bis Ende 2009 befristete (echte) Aufenthaltserlaubnis und eine (uneingeschränkte) Arbeitserlaubnis. Gelingt es den Ausländerinnen und Ausländern in dieser Zeit ihren Lebensunterhalt tatsächlich selbst zu bestreiten, dann verlängert sich ihre Aufenthaltserlaubnis um weitere zwei Jahre. Durch eine Härtefallregelung wird die Verlängerungsoption für Alleinerziehende, Familien mit Kindern, Rentner, Erwerbsunfähige und Auszubildende erleichtert. Aber auch Ausländerinnen und Ausländer, die nicht unter das neue Bleiberecht fallen, können mit Verbesserungen rechnen: So erhalten sie künftig nach vier Jahren Aufenthalt in Deutschland eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis.



Ute Kumpf

MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin der Arbeitsgruppe
Bürgerschaftliches Engagement

Stuttgart
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711/ 23 31 40
Fax: 0711/ 23 50 99

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/ 227-737 29
Fax: 030/ 227-761 44

ute.kumpf@wk.bundestag.de
www.ute-kumpf.de

INTEGRATION

Im Dialog mit ausländischen Bürgerinnen und Bürgern

Der rege Kontakt und die Verbindungen zu ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, ihren Vereinen und Organisationen ist mir ein Anliegen. Diese Kontakte pflege ich. So war ich beispielsweise zum wiederholten Mal Schirmherrin des Afrika-Festivals in Stuttgart – ein buntes Fest für alle Stuttgarterinnen und Stuttgarter und eine Plattform für Deutsch-AfrikanerInnen in Deutschland auf ihre Heimat aufmerksam zu machen.



Ute Kumpf

MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin der Arbeitsgruppe
Bürgerschaftliches Engagement

Stuttgart
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711/ 23 31 40
Fax: 0711/ 23 50 99

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/ 227-737 29
Fax: 030/ 227-761 44

ute.kumpf@wk.bundestag.de
www.ute-kumpf.de